

Die öffentliche Meinung

Thomas Petersen

„In Gesprächen mit Wählerinnen und Wählern“, schrieb kürzlich der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments Hans-Gert Pöttering, „wird ganz deutlich, dass das Interesse für die Politik der Europäischen Union auch heute ungebrochen ist.“ Allerdings werde immer wieder gesagt, dass es zu wenige Informationen über die Europäische Union und ihre Arbeit gebe.¹ Die Bürger, so scheint Pöttering suggerieren zu wollen, würden schön mehr Verständnis für die Europäische Union und die Europapolitik aufbringen, wenn man sie nur besser informieren würde. Einen ähnlichen Ton schlug im Mai 2009 Martin Schulz, der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament in einem Interview im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* an. Auf die Reporterfrage, wie er denn den Bürgern erklären wolle, warum sie an der Europawahl teilnehmen sollten, antwortete er mit dem Verweis auf den Einfluss, den das Europäische Parlament auf das Leben der Bürger habe. Es handele sich um „eine mächtige parlamentarische Kammer“.² Offensichtlich hielt er es für nötig, diesen Punkt besonders zu betonen.

Man kann die Aussagen der beiden europäischen Spitzenpolitiker als symptomatisch für die Kommunikationsprobleme ansehen, die zwischen den Europäischen Institutionen und den europäischen Völkern bestehen. Denn zum einen spricht tatsächlich nicht viel dafür, dass die Einstellung der Bevölkerung zu Europa sich wesentlich ändern würde, wenn man allein die Informationsarbeit intensivieren würde. Die Klage, nicht ausreichend informiert zu werden, gehört zu den verlässlichsten Bestandteilen des Antwortverhaltens der Bevölkerung zu den verschiedensten Themen. Sie ist kein sicheres Zeichen für eine tatsächlich unzureichende Öffentlichkeitsarbeit. Vor allem aber ist die Beobachtung, dass das Interesse an der Europäischen Politik ungebrochen sei, falsch. Es ist zwar verständlich, wenn ein Fachpolitiker, der sich täglich mit einer nicht abnehmenden Zahl von Anfragen interessierter Bürger auseinandersetzen muss, einen anderen Eindruck gewinnt, doch die in Repräsentativumfragen gewonnenen Zahlen sind eindeutig: Das Interesse an der Europäischen Einigung und den Europäischen Institutionen ist seit Jahren rückläufig.

Geringes Interesse an der Europawahl

In einem langsamen, über Jahrzehnte hinweg reichenden schleichenden Prozess ist die deutsche Bevölkerung gegenüber der Europäischen Einigung immer skeptischer geworden. Je mehr der alte Traum vom vereinten Europa Wirklichkeit wurde, umso weniger waren sich die Deutschen sicher, ob dieses Ziel auch tatsächlich erstrebenswert ist. Die Euphorie, die in den Anfangsjahren der Bundesrepublik noch die ersten Einigungsschritte begleitet hatte, ist spätestens bereits seit den 1970er Jahren geschwunden.³ Seit Anfang der 1990er Jahre über-

1 Hans-Gert Pöttering: Europa, deine Wahl. In: *Die Politische Meinung* Jg. 54, Nr. 474, Mai 2009, S. 5-9. Dort S. 6.

2 „Eine verkopfte Sache.“ In: *Der Spiegel* Nr. 22 vom 25. Mai 2009, S. 36-38. Dort S. 36.

3 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Thomas Petersen: Die Bürger in Deutschland. In: Werner Weidenfeld (Hrsg.): *Die Staatenwelt Europas*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2009, S. 41-62.

wiegt bei der Frage „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem vereinten Europa sein? Schneller, oder langsamer oder weiter wie bisher?“ regelmäßig der Anteil derer, die sich für eine Verlangsamung der Integration aussprechen.⁴ Soweit sich das erkennen lässt, gibt es keine grundsätzliche Europafeindlichkeit, die diese Entwicklung erklären würde, sondern eine Mischung aus einem vagen Misstrauen und zunehmender Gleichgültigkeit.

Die wachsende Gleichgültigkeit zeigt sich an der geringen Wahlbeteiligung bei den Europawahlen und auch an den Antworten auf Fragen, die dieses Ereignis betreffen. Auf die Frage „Würden Sie sagen, dass Sie an der Europawahl stark interessiert sind, normal oder weniger interessiert?“ antworteten im Mai 2009 7 Prozent der vom Institut für Demoskopie Allensbach befragten Personen, sie seien an der Wahl „sehr“ interessiert, 44 Prozent rangen sich zu der lauwarmen Antwort durch, sie interessierten sich „normal“ dafür. 49 Prozent gaben rundheraus zu, dass sie sich „weniger“ für die Europawahl interessierten, wobei, wie auch bei anderen Fragen zum Thema Europäische Einigung, sich vor allem die junge Generation gleichgültig zeigt: Von den unter 30jährigen sagten 56 Prozent, sie interessierten sich „weniger“ für die Europawahl, bei den 60jährigen und älteren Befragten waren es „nur“ 46 Prozent.⁵

Im Jahr 1994 hatte der Anteil derjenigen an der Bevölkerung, die zumindest ein wenig Interesse an der Europawahl zeigten, noch spürbar höher gelegen als heute. Damals hatten sich immerhin 10 Prozent als „stark“ und 53 Prozent als „normal“ interessiert gezeigt. Der Anteil der „wenig“ interessierten hatte bei 37 Prozent gelegen⁶. Wie niedrig aber auch diese Werte sind, zeigt der Vergleich zu Bundestagswahlen: Im Juli 2009 zeigten sich 28 Prozent der Bevölkerung stark interessiert an der kommenden Bundestagswahl. Nur 15 Prozent meinten, diese Wahl interessiere sie weniger.⁷ Und dies, obwohl zum damaligen Zeitpunkt, rund zweieinhalb Monate vor dem Wahltermin, die heiße Wahlkampfphase noch nicht begonnen hatte.

Es wäre ein Irrtum anzunehmen, dieses Desinteresse an der Europawahl und die niedrige Wahlbeteiligung seien Ausdruck einer tiefen Verärgerung. Die Vorstellung, Wahlenthaltung sei gleichbedeutend mit Protest gegen die Parteien und das politische System, verstellt den Blick auf die eigentlichen Strukturen des Phänomens. Natürlich gibt es auch Bürger, die den Parteien mit ihrer Wahlenthaltung ganz bewusst einen Denkkzettel verpassen wollen, doch dabei handelt es sich um eine kleine Minderheit. Die meisten Nichtwähler sind Menschen, die sich wenig für Politik interessieren und vergleichsweise wenig politische Kenntnisse haben. Oft handelt es sich um junge Leute, die, anders als ihre Eltern und Großeltern, nicht der Ansicht sind, Wählen sei eine Bürgerpflicht.

Vergleicht man die Parteisympathien der Nichtwähler mit denen der übrigen Bevölkerung, sind keine dramatischen Unterschiede zu verzeichnen. Von einem größeren Protestwählerpotential ist nichts zu erkennen. Stattdessen spielt Politik im Leben derjenigen, die nicht zur Wahl gehen, eine untergeordnete Rolle. Auf die Frage „Einmal ganz allgemein gesprochen: Interessieren Sie sich für Politik?“ antworten 51 Prozent der Deutschen insgesamt aber nur 14 Prozent der Nichtwähler mit „Ja“.⁸ Ähnlich eindeutig sehen die Antwort-

4 Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2007. Baden-Baden: Nomos 2008, S. 297-304. Dort S. 298.

5 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10037, Mai 2009.

6 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 5095, Mai 1994.

7 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10040, Juli 2009.

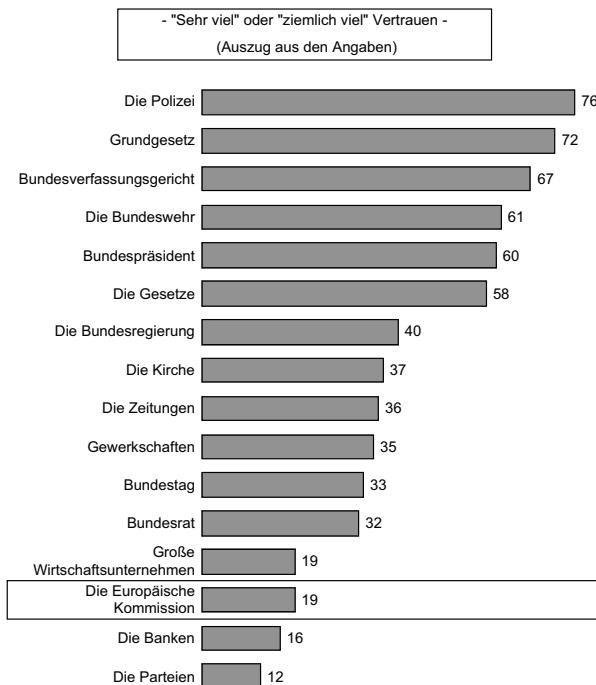
8 Ebd.

ten auf die Frage aus, ob die Befragten einen Freundes- oder Bekanntenkreis haben, mit dem sie sich regelmäßig treffen und wenn ja, ob in diesem Kreis auch über Politik gesprochen wird. 73 Prozent derjenigen, die regelmäßig wählen gehen und die einen solchen Freundeskreis haben, sagen, dass in diesem Kreis auch über Politik gesprochen wird, die Nichtwähler sagen dies nur zu 42 Prozent. Auch die Vorstellung, dass Wahlverweigerung mit einer aktiven politischen Teilnahme abseits der traditionellen Bahnen, etwa in Bürgerinitiativen einher gehen könnte, führt in die Irre: 48 Prozent der regelmäßigen Wähler und 20 Prozent der Nichtwähler sind abseits politischer Parteien ehrenamtlich aktiv, sei es in Vereinen, Bürgerinitiativen, Kirchengemeinden oder in anderen Organisationen.⁹ Die vielzitierte „Partei der Nichtwähler“ gibt es nicht.

Schaubild 1

Vertrauen in Institutionen

Frage: "Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie in jeden haben, ob sehr viel Vertrauen, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen?" (Kartenspielvorlage)



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage Nr. 10037, Mai 2009

Wachsendes Misstrauen gegenüber europäischen Institutionen

Allerdings gibt es durchaus Hinweise darauf, dass das Ansehen der Europäischen Union und ihrer Institutionen in den letzten Jahrzehnten etwas stärker gelitten hat als das der nationalen Einrichtungen. Darauf deuten zumindest die Antworten auf eine Frage hin, bei der

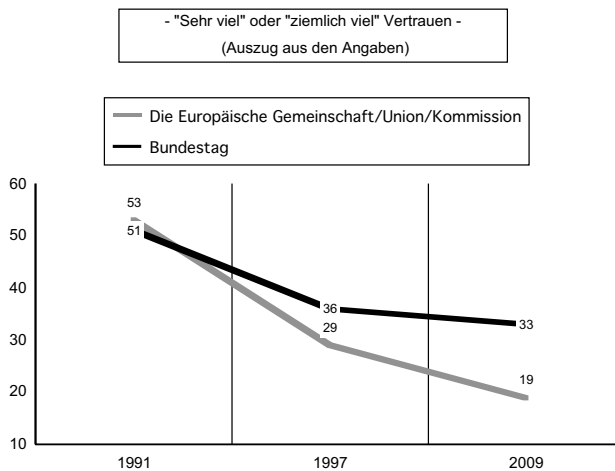
9 Ebd.

die Interviewer eine Liste überreichten, auf der verschiedene staatliche und öffentliche Organisationen aufgelistet waren. Die Frage lautete: „Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen sie in jeden haben, ob sehr viel, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen?“ Schaubild 1 zeigt das Ergebnis. Jeweils drei Viertel der Befragten sagten, sie hätten „sehr viel“ oder „ziemlich viel“ Vertrauen in die Polizei und in das Grundgesetz. Jeweils deutliche Mehrheiten nannten auch das Bundesverfassungsgericht, die Bundeswehr, den Bundespräsidenten und die Gesetze. Dagegen sagten nur 19 Prozent, sie hätten sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Europäische Kommission, die damit gleichauf mit großen Wirtschaftsunternehmen liegt. Dahinter rangieren nur noch die Banken und die Parteien. Man kann das Ausmaß des Vertrauens in die Europäische Kommission damit nur als außerordentlich gering bezeichnen, zumal die Umfrage im Mai 2009 stattfand, zu einem Zeitpunkt, an dem die Finanz- und Wirtschaftskrise die öffentliche Diskussion beherrschte und besonders Banken und Großunternehmen in der öffentlichen Kritik standen.

Schaubild 2

Vertrauen in Institutionen - Trendvergleich

Frage: "Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie in jeden haben, ob sehr viel Vertrauen, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen?" (Kartenspielvorlage)



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage Nr. 10037, Mai 2009

Seit Beginn der 1990er Jahre haben die meisten öffentlichen Institutionen einen erheblichen Vertrauensverlust bei der Bevölkerung hinnehmen müssen. Doch dass dies die Europäischen Institutionen noch stärker zu treffen scheint als die nationalen, wird sichtbar, wenn man die in Schaubild 1 dokumentierten Ergebnisse mit denen früherer Umfragen aus den Jahren 1991 und 1997 vergleicht, die nahezu gleich formuliert waren: Vor 18 Jahren sagten 51 Prozent der Befragten, sie hätten „sehr viel“ oder „ziemlich viel“ Vertrauen in den Bundestag, heute sind es noch 33 Prozent. In der gleichen Zeit ist der Wert für die Europäischen Institutionen von 53 auf 19 Prozent gesunken, wobei ein erheblicher Teil dieser Entwicklung erst in jüngster Zeit stattgefunden zu haben scheint (Schaubild 2).¹⁰

Ein verändertes Selbstbild der Deutschen

Bei der Untersuchung der Ursachen des Vertrauensverlustes in die Europäische Union wird man eine ganze Reihe von Aspekten berücksichtigen müssen, beispielsweise die Tatsache, dass die wichtigen Grundsatzentscheidungen zur Europäischen Einigung der letzten Jahrzehnte – Einführung des Euro, Osterweiterung, Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei – gegen den ausdrücklichen Willen der deutschen Bevölkerung stattgefunden haben.¹¹ Wahrscheinlich ebenso wichtig ist die Vernachlässigung der europäischen Symbole, die für die Identifikation der Bürger und damit für die emotionale Bindung an die Europäische Union von großer Bedeutung sind.¹²

Doch wahrscheinlich wird man die Situation nur dann verstehen können, wenn man auch den Blick auf den Umstand lenkt, dass sich die Deutschen selbst in den letzten Jahren erheblich verändert haben. Das betrifft vor allem den Blick auf die eigene Nation und damit auch das Selbstbild.

Aus gutem Grund haftet den Deutschen im Ausland der Ruf des Wankelmuts an. Schon lange bevor die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts und der Nationalsozialismus mit seinen Verbrechen das Selbstbewusstsein der Deutschen auf Jahrzehnte erschütterten, beschrieben so unterschiedliche Beobachter wie Madame de Staël, Heinrich Heine und Friedrich Nietzsche die eigenartigen Stimmungsschwankungen und die wiederkehrenden Selbstzweifel, die die Deutschen zu kennzeichnen schienen. Nietzsche fasste die Situation vielleicht am treffendsten zusammen mit seinem berühmten Bonmot, wonach es die Deutschen kennzeichne, dass bei ihnen die Frage „Was ist deutsch?“ niemals aussterbe.¹³

Der schottische Politikwissenschaftler Richard Rose hat einmal die These aufgestellt, dass ein verlorener großer Krieg eine Nation für viele Jahrzehnte präge.¹⁴ Wenn das stimmt, dann dürfte das gebrochene Verhältnis der Deutschen zu ihrer Nation seine Wurzeln in den Verwüstungen und Demütigungen während des 30jährigen Krieges (1618-1648) haben. Die Zersplitterung Deutschlands, seine Machtlosigkeit in den folgenden ein- einhalb Jahrhunderten bis zur Auflösung des alten Kaiserreichs durch Napoleon waren Erfahrungen, die die Deutschen über Generationen prägten.

Vor allem durch die französische intellektuelle Debatte zieht sich seit zwei Jahrhunderten das Befremden angesichts dieses in seinen schwankenden Emotionen unberechenbaren Nachbarn. Madame de Staël schrieb bereits 1813: „In einem Reich, das seit Jahrhunderten zersplittert ist und wo, fast immer durch fremden Einfluss bewegt, Deutsche gegen Deutsche kämpften, kann keine große Vaterlandsliebe existieren, und auch die Liebe zum

10 In den Jahren 1991 wurde statt nach der Europäischen Kommission nach der Europäischen Gemeinschaft, 1997 nach der Europäischen Union gefragt. Der Trendvergleich ist also nur mit einiger Vorsicht zu interpretieren. Es erscheint jedoch sehr wahrscheinlich, dass der gemessene Rückgang des Vertrauens nicht durch die Änderung der Frageformulierung zu erklären ist. Eine weitere Wiederholung der Frage im Jahr 2008, auf deren grafische Darstellung hier aus technischen Gründen verzichtet wird, ergab bei der Formulierung „Die Europäische Kommission“ einen Wert von 28 Prozent, also nahezu das gleiche Ergebnis wie 1997 mit der anderen Formulierung.

11 Vgl. Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2008. Baden-Baden: Nomos 2009, S. 319-324. Dort S. 321-322.

12 Ebenda, S. 323-324.

13 Friedrich Nietzsche: Jenseits von Gut und Böse. In: Friedrich Nietzsche: Jenseits von Gut und Böse und andere Schriften (Werke in drei Bänden Bd. 3). Köln: Könnemann 1994, S. 177 (Aphorismus 244).

14 Vgl. Richard Rose: Ordinary People in Public Policy. A Behavioral Analysis. London (u.a.): Sage 1989, S. 29-30.

Ruhm kann nicht sehr lebhaft sein in einem Land, wo es kein Zentrum, keine Hauptstadt, keine Gesellschaft gibt.¹⁵ Über alle politischen und gesellschaftlichen Wechsel hinweg, in Zeiten der Freundschaft wie der Feindschaft scheint dieses Befremden stets bestehen geblieben zu sein. Im Jahr 1931 lieferte der Diplomat Pierre Viénot, der später zur Umgebung de Gaulles in London gehören sollte, mit seinem Essay „Incertitudes Allemandes“ ein Stichwort, das sich bis heute gehalten hat.¹⁶

Betrachtet man vor diesem Horizont die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren und vor allem die Einstellung der Deutschen zu ihrem eigenen Land, so kann man eine erstaunliche Veränderung wahrnehmen, Es scheint, als begännen die Deutschen sich allmählich mit ihrer eigenen Identität anzufreunden. Für das Ausland deutlich erkennbar war dies während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006. Am meisten waren die Deutschen wohl selbst überrascht darüber, mit welcher Fröhlichkeit schwarzrotgoldene Fahnen geschwenkt wurden und mit welcher scheinbaren Selbstverständlichkeit Zehntausende in den Fußballstadien das Deutschlandlied sangen, dröhnend und deutlich, so dass die Millionen Fernsehzuschauer in aller Welt leicht hätten mitsingen können, und dies ohne dass sich dabei ein aggressiver, überheblicher Ton in den Überschwang mischte. Der Kontrast zu früheren Zeiten hätte kaum deutlicher sein können: Drei Jahrzehnte zuvor, bei der Fußball-Weltmeisterschaft 1974 in Westdeutschland, war das Publikum regelmäßig verstummt, wenn die Nationalhymne erklang. Im August 2006 stellte das Institut für Demoskopie Allensbach in einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage die Frage: „Während der Fußballweltmeisterschaft waren ja überall viele Deutschlandfahnen und andere Fanartikel in Schwarz-Rot-Gold zu sehen. Hat Sie das eigentlich überrascht, oder fanden Sie das bei einer WM im eigenen Land ganz normal?“ 58 Prozent der Befragten antworteten, der nationale Überschwang habe sie überrascht. Nur etwas mehr als ein Drittel, 37 Prozent, meinte, das sei bei einer Weltmeisterschaft im eigenen Land normal, wobei bemerkenswerterweise nur die junge Generation der unter 30-Jährigen mit einer knappen Mehrheit von 51 Prozent der zweiten Aussage zustimmte.¹⁷

Wächst, so kann man sich fragen, in Deutschland eine junge Generation heran, die sich unbefangener, unbelasteter durch den Missbrauch nationaler Symbole durch die Nationalsozialisten als ihre Eltern und Großeltern zu ihrem Land bekennt? Und könnte es sein, dass die relative Unbefangenheit dieser Generation auf den Zeitgeist als Ganzes ausstrahlt? Es spricht einiges dafür, dass dies so ist. Ebenfalls im August 2006 stellte das Allensbacher Institut die Frage „Wenn jemand sagt: 'Wir Deutschen sollten uns aufgrund unserer Vergangenheit im Dritten Reich mit Nationalgefühlen und nationalen Symbolen zurückhalten.' Finden Sie das richtig oder nicht richtig?“ Eine deutliche Mehrheit von 58 Prozent sagte: „Das finde ich nicht richtig“, nur 22 Prozent befürworteten diese Einstellung.¹⁸ 12 Jahre vorher, 1994, waren es noch doppelt so viele gewesen. Und auch bei dieser Frage war es die junge Generation, die sich am deutlichsten gegen die Zurückhaltung bei nationalen Symbolen aussprach.¹⁹

15 de Staël, Germaine de: Über Deutschland. Hrsg. u. eingel. v. Anna Mudry. Berlin: Union Verlag 1989, S. 65.

16 Pierre Viénot: Ungewisses Deutschland. Zur Krise seiner bürgerlichen Kultur. Hrsg. u. eingel. v. Hans Manfred Bock. Bonn: Bouvier 1999.

17 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7092.

18 Ebd.

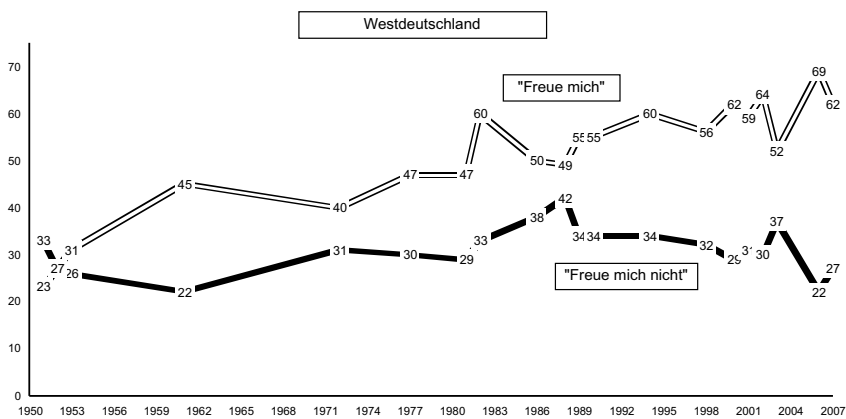
19 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 5109/17.

Noch immer lassen sich zahlreiche Belege dafür anführen, dass das Selbstbewusstsein der Deutschen und vor allem ihr Nationalbewusstsein im internationalen Vergleich gering ausgeprägt sind. Der Nationalstolz, den viele andere Völker ganz selbstverständlich pflegen, ist vielen Deutschen noch immer fremd. Doch die sich allmählich wandelnde Haltung zu den Nationalsymbolen ist ein aufschlussreicher Hinweis auf eine sich ändernde Haltung zur eigenen Nation generell. Und sie zeigt, dass ein Volk viel Zeit braucht, um nationale Traumata zu überwinden und sich mit einem neuen politischen und gesellschaftlichen System anzufreunden.

Freude über die Nationalflagge in Westdeutschland

Schaubild 3

Frage: "Freuen Sie sich, wenn Sie irgendwo die schwarz-rot-goldene Bundesflagge sehen?"



An 100 fehlende Prozent: "Gleichgültig, uninteressant", "kommt drauf an", andere oder keine Angaben
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen

Am deutlichsten ist diese Entwicklung an einer Trendfrage zu beobachten, die das Allensbacher Institut seit 1951 immer wieder gestellt hat, zuletzt im Jahr 2007. Sie lautet: „Freuen Sie sich, wenn Sie irgendwo die schwarz-rot-goldene Bundesflagge sehen?“ „Ich freue mich“ sagten 1951 lediglich 23 Prozent der Befragten, deutlich mehr, 33 Prozent, gaben zu Protokoll, dass sie sich nicht freuten.²⁰ Zwei Jahre später hatten sich die Verhältnisse umgekehrt: Nun überwog die Freude mit 31 zu 26 Prozent, die Hälfte der Bevölkerung blieb noch immer unentschieden oder desinteressiert.²¹ In den darauf folgenden Jahrzehnten, verstärkt seit den 80er Jahren, stieg – von kurzfristigen tagespolitisch bedingten Schwankungen abgesehen – langsam aber kontinuierlich der Anteil derjenigen an, die sagten, sie freuten sich beim Anblick der Bundesflagge. Bezeichnenderweise stieg bis zum Ende der 80er Jahre auch die Zahl derer, die ausdrücklich sagten, dass sie sich nicht freuten. Auch dies kann man als Kennzeichen dafür sehen, wie sehr sich die Farben Schwarz-Rot-Gold nach und nach als Nationalsymbol durchsetzten: Die Mehrheit fühlte sich ihnen verbunden, eine beträchtliche Minderheit äußerte sich ablehnend, aber gleichgültig waren

20 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 040.

21 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 061.

die Farben nun nur noch sehr wenigen. Seit Anfang der 90er Jahre begann dann die Zahl derjenigen, die sagten, sie freuten sich nicht beim Anblick der Bundesflagge, allmählich zu sinken. Es liegt nahe anzunehmen, dass die deutsche Einheit das Schlüsselereignis für diese Entwicklung war. Heute sagen rund zwei Drittel der Deutschen in Ost und West, sie freuten sich beim Anblick der Bundesflagge, nur noch ein Viertel widerspricht ausdrücklich (Schaubild 3). Auch wenn für die Zeit vor 1947 keine verlässlichen Daten vorliegen, ist es nicht übertrieben anzunehmen, dass man lange, wahrscheinlich rund ein Jahrhundert, in der Geschichte zurückgehen muss, um eine Zeit zu finden, in der die Deutschen eine so eindeutige und fröhliche Sympathie gegenüber ihren Nationalfarben empfanden.

Weitere Einigungsschritte bedürfen der sorgfältigen Begründung

Das veränderte Selbstbild der Deutschen hat Auswirkungen auf die Haltung, die die Bevölkerung gegenüber der europäischen Einigung einnimmt. Wahrscheinlich haben sich die Nachbarn Deutschlands bisher ebensowenig daran gewöhnt, wie „normal“ die Deutschen inzwischen geworden sind, wie die Deutschen selbst. Zum ersten Mal seit langer Zeit entwickeln die Deutschen ein echtes, nicht ein überdrehtes, demonstrativ zur Schau gestelltes oder gar aggressives, sondern auf innerer Ruhe gründendes Selbstbewusstsein. Das bedeutet auch, dass das Gefühl, sich selbst und anderen die eigene demokratische Gesinnung extra beweisen zu müssen, abnimmt. Vor allem die junge Generation begegnet entsprechenden Aufforderungen von außen zunehmend mit Achselzucken. Damit fällt aber auch ein Antrieb weg, der in früheren Jahrzehnten die Zustimmung der Deutschen zur Europäischen Einigung befördert hatte. Der Wunsch, mit der Einigung Europas den Nationalstaat zu überwinden, spielt heute kaum noch eine Rolle. Ganz selbstverständlich stellt die Bevölkerung die nationalen Interessen an erste Stelle. Das bedeutet auch, dass weitere Einigungsschritte einer sorgfältigeren Begründung bedürfen als dies in früheren Jahren der Fall war. Das Fortschreiten der Europäischen Integration wird in dieser Hinsicht nicht mehr als Selbstzweck wahrgenommen. Stattdessen rückt die Frage, welche konkreten Vor- und Nachteile damit verbunden sind, in den Vordergrund. In diesem Punkt unterscheidet sich die deutsche Bevölkerung heute nicht mehr grundsätzlich von denen anderer europäischer Länder.

Das bedeutet nicht, dass die Deutschen europafeindlich geworden wären. Im Gegenteil. Nach wie vor sind weite Teile für Argumente zugunsten der Europäischen Einigung durchaus zugänglich. Auf die Frage „Sind Sie für oder gegen eine europäische Verfassung?“ antworteten im Mai 2009 42 Prozent der vom Allensbacher Institut befragten Personen, sie seien dafür. Nur 21 Prozent sprachen sich ausdrücklich dagegen aus, die übrigen waren unentschieden. Bemerkenswert ist, dass sich bei dieser Frage die junge Generation nicht weniger europafreundlich als die ältere zeigt. Im Gegenteil: 46 Prozent der unter 30jährigen befürworteten eine europäische Verfassung, mehr als in den anderen Altersgruppen, in denen der Anteil der Befürworter zwischen 41 und 43 Prozent liegt.²² Nach wie vor sind die Deutschen grundsätzlich nicht abgeneigt, weitere Schritte der Europäischen Integration mitzutragen. Die verantwortlichen Politiker dürfen aber nicht erwarten, dass sich die Zustimmung für ein vereintes Europa automatisch einstellt. Sie muss mit intensiver und geduldiger Überzeugungsarbeit – nicht allein besserer Information – immer wieder neu errungen werden.

22 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10037.